

Pressemitteilung des SkF Landesverbandes Bayern

Internationaler Tag gegen Gewalt an Frauen am 25. November

Sozialdienst katholischer Frauen fragt bei den zukünftigen Regierungsparteien nach

„Frei leben ohne Gewalt“ – so prangt es auf der Fahne, die in diesen Tagen auch am Gebäude des Landesverbandes des Sozialdienstes katholischer Frauen (SkF) weht. Anlässlich des Internationalen Tages zur Beseitigung von Gewalt gegen Frauen am 25. November haben wir bei den bayerischen Landesvorsitzenden der zukünftigen Ampelkoalition nachgefragt, um auch im Rahmen der sich bildenden Regierung auf das Thema Gewalt gegen Frauen aufmerksam zu machen.

Ronja Endres, Landesvorsitzende BayernSPD, zum Thema „Gewalt gegen Frauen“: „Jeden dritten Tag wird in Deutschland eine Frau von ihrem Partner oder Ex-Partner ermordet. Eine entsetzliche Zahl. Diese Morde sind keine „Beziehungsdramen“, sondern Mord an Frauen – oft die letzte Stufe der Gewalt gegen Frauen. Wenn wir eher hinsehen und eher eingreifen, kann die Spirale der Gewalt unterbrochen werden. Das muss unser Ziel werden. Mit der Ratifizierung der Istanbul-Konvention hat sich Deutschland auf allen staatlichen Ebenen verpflichtet Gewalt gegen Frauen zu bekämpfen und Betroffenen Schutz und Unterstützung zu bieten.“... „Sowohl auf der Bundes- als auch Landesebene setzen wir uns als Partei dafür ein, dass ein gewaltfreies Leben für Mädchen und Frauen selbstverständlich wird. Im Bund rief die SPD-Fraktion das Bundesförderprogramm „Gemeinsam gegen Gewalt an Frauen“ ins Leben und nahm 120 Millionen Euro in die Hand, um den bundesweiten Ausbau und die Modernisierung von Frauenhäusern und Fachberatungsstellen zu fördern.“... „Mehr sozialer Wohnungsbau, Chancen auf dem Arbeitsmarkt für Frauen, die jahrelang nicht arbeiten konnten, Unterstützung bei der Kindererziehung und Aufklärungsarbeit müssen Hand in Hand gehen. Damit uns das als Gesellschaft gelingt, muss die Politik die Rahmenbedingungen schaffen und wir als Gesellschaft müssen das Thema endlich enttabuisieren, hinsehen und eingreifen.“

Auch die Parteivorsitzende der GRÜNEN in Bayern, Eva Lettenbauer sieht die Brisanz und Dringlichkeit des Themas: „Wir Grüne wollen, dass jede Frau in Not das Recht hat, einen Platz im Frauenhaus zu bekommen. Deshalb kämpfen wir dafür, dass Frauenhausplätze in Bayern ausgebaut werden – mit einem Platz je 10.000 Frauen. Eine Frau, die in ihrem eigenen Zuhause nicht sicher ist, braucht Zuflucht und Hilfe. Und Politik, das ist für uns Grüne klar, ist dafür verantwortlich, Menschen nach allen Möglichkeiten vor Gewalt zu schützen.“

Die stellvertretende Fraktionsvorsitzende der FDP im Bayerischen Landtag, Julika Sandt, äußerte sich ebenso zu den besorgniserregenden Entwicklungen und dem notwendigen Handlungsbedarf. „Die neuesten Zahlen des BKA zeigen, dass Partnergewalt um fast fünf Prozent angestiegen ist. Fast alle zweieinhalb Tage wird in Deutschland eine Frau durch ihren Partner ermordet. Jede Frau braucht in Fällen von Partnergewalt schnelle und unkomplizierte Hilfe. Dazu gehört ein zügiger Ausbau der Frauenhäuser entsprechend der Istanbul-Konvention, eine flächendeckende Verfügbarkeit von Interventionsstellen und mehr niedrigschwellige und digitale Hilfeangebote. Zum Thema gehört für uns aber auch Prävention, Aufklärung sowie Täterarbeit, denn den Frauen ist am meisten geholfen, wenn es erst gar nicht zur Gewalt kommt.“

Damit betroffene Frauen schnell und unbürokratische Hilfe finden, fordert der Landesverband des Sozialdienstes katholischer Frauen die Parteien zur klaren Umsetzung der Istanbul Konvention auf, unter besonderer Beachtung folgender Punkte:

1. einen Rechtsanspruch auf Schutz und Hilfe für gewaltbetroffene Frauen und ihre Kinder zeitnah in einem Bundesgesetz zu regeln,
2. die Prävention von Gewalt gegen Frauen und Mädchen durch ein Gesamtkonzept umzusetzen und Konzepte wie „PräGe“ – Prävention von häuslicher Gewalt (Konzept an Schulen) – des SkF zu fördern,
3. eine verstärkte Beachtung des Gewaltschutzes für Frauen und Kinder bei den Reformvorhaben zu Sorge- und Umgangsregelungen und verpflichtende Fortbildungen für alle beteiligten Berufsgruppen, auch für Richter:innen, sicherzustellen,
4. ausreichend Anschlusswohnraum nach dem Aufenthalt in einem Frauenhaus, damit Betroffene und ihre Kinder in eine sichere Umgebung ziehen können.

„Im gestern vorgelegten Koalitionsvertrag lesen wir, dass die neue Bundesregierung das Recht auf Schutz vor Gewalt für jede Frau und ihre Kinder absichern und einen bundeseinheitlichen Rechtsrahmen für eine verlässliche Finanzierung von Frauenhäusern sicherstellen will. Wir begrüßen dies ausdrücklich und werden die Umsetzung prüfend begleiten“, so Astrid Paudtke.

München, 25. November 2021

Astrid Paudtke
Landesvorsitzende

Birte Steinlechner
Landesreferentin

38 Frauenhäuser in Bayern

davon 13 in katholischer Trägerschaft von **SkF und Caritas**
insgesamt

362 Plätze für Frauen und **437 Plätze für Kinder**

(lt. Staatsministerium, Stand 2020)